

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.02.2026
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU

Ursula Lauenstein CDU

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Willibald Ulbrich

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Emma Drewke Jugendbeirat Vertretung für: Leo Merlin Tschamper

Seniorenbeirat

Uwe Schiemann Seniorenbeirat Vertretung für: Sabine Semprich

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung

Karl-Heinz Grass

Katrin Matthies Protokollführung

Manuel Baehr Fachdienstleitung

Abwesend

Mitglieder

Torben Wunderlich CDU entschuldigt

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Jugendbeirat

Leo Merlin Tschamper Jugendbeirat entschuldigt

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste:

Zu TOP 4: Herr Thiele Projektinitiator
 Herr Voigt Projektinitiator

Ratsmitglieder: Frau Römer

7 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026 | |
| 4 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 4.1 | Stadthafen Wedel - Entwicklung eines Nutzungskonzeptes -
Anfragen der Fraktionen | MV/2025/122 |
| 4.2 | Stadthafen Wedel - Auftrag an die Verwaltung, weitere
Verhandlungen zur Entwicklung eines Nutzungskonzeptes zu
führen | BV/2025/108 |
| 4.2.1 | Antrag der SPD-Fraktion; hier: Erhalt und Stärkung des
Stadthafen Wedel als Lebens-, Erholungs- und Erlebnisraum
für Alle | ANT/2026/033 |
| 4.3 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 5 | Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Prüfauftrag
und frühzeitige Stellungnahme für die weiteren Planungen
zur Nutzung des ehemaligen Possehl-Geländes an der
Rissener Straße | ANT/2026/025 |
| 6 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 6.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 6.1.1 | Haushaltssicherung 2028 / aktueller Stand zum 09.01.2026 | MV/2026/002 |
| 6.1.2 | aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 | MV/2026/006 |
| 6.1.3 | Weitere Berichte | |

6.2 Anfragen der Politik

6.2.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Parkplatzsituation und nachbarschaftliche Auswirkungen im Bereich Elbhochufer ANF/2026/001

6.2.2 Weitere Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

7 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026

8 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

8.2 Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen zu vorangegangenen Fragen noch keine Antworten vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten. Der Vorsitzende begrüßt die neuen Vertreterinnen des Jugendbeirates.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

4.1 Stadthafen Wedel - Entwicklung eines Nutzungskonzeptes - Anfragen der Fraktionen

MV/2025/122

Herr Baehr erläutert, dass in der Vorlage noch einige Fragen an die Verwaltung offengeblieben sind, die er nun beantworten möchte.

Fragen der CDU:

1. Welche Rechtsgrundlagen kommen bei der Beurteilung des Vorhabens zur Anwendung?

Die Nutzungsüberlassung der Wasserfläche könnte im Wege des Vertragsrechtes (Privatrecht) erfolgen. Das Vergaberecht wäre hier nicht betroffen. Die Art der Nutzung selbst müsste im Zuge eines Baugenehmigungs-/Nutzungsgenehmigungsverfahrens (öffentlich-rechtlich) gestattet werden.

4. Wird eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit stattfinden? Im Zuge des Baugenehmigungs-/Nutzungsänderungsverfahrens müssten selbstverständlich auch für die Öffentlichkeit relevanten Sicherheitsthemen wie Rettungswege, Feuerwehrzufahrt, etc. abgeklärt werden.

11. Handelt es sich beim Schulauer Hafen um einen Bereich öffentlicher Hochwasserschutzanlagen, in dem eine Genehmigung für Hausboote eventuell ausgeschlossen sein könnte? Natürlich wäre auch die Auswirkung des Projektes auf den Hochwasserschutz im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens abzuklären. Zunächst einmal wären Wohnschiffe nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

20. Wo sollen KFZ-Stellplätze für die Eigentümer/Mieter der Hausboote ausgewiesen werden? Um wie viele Stellplätze handelt es sich?

Auch dies wären Fragen, auf die im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens eine Antwort gefunden werden muss.



Fragen der SPD:

14. Hat die Nutzungsform des Wedeler Hafens planungsrechtliche Auswirkungen (B-Plan, Regionalplan)? Wer wird die Kosten tragen, die der Stadt ggf. durch das Projekt für eine eventuell notwendige Schaffung von Planungsrecht entstehen?

Aktuell ist nur eine Nutzung der vorhandenen Wasserfläche und vorgesehen. Diese wäre planungsrechtlich grundsätzlich zulässig. Nach dem Abschluss der Projektentwicklung, wenn das Vorhaben hinreichend beschrieben sein wird, wären planungsrechtliche Belange noch einmal zu prüfen.

Herr Baehr betont, dass selbstverständlich kein Projekt im Hafen verfolgt wird, durch das der Stadt Wedel eine Rückzahlung der Fördermittel drohe. Das Innenministerium hat sich für die frühzeitige Einbindung in die Pläne bedankt und befürwortet neue Ideen zur Nutzung der Wasserfläche. Um das vorliegende Projekt genauer beurteilen zu können, müsse eine konkretere Planung vorliegen, es werde jedoch grundsätzlich nicht abgelehnt.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, ob vom Ministerium eine unüberschreitbare Linie bezüglich irgendeiner Entwicklung gezogen werde, die für eine Förderunschädlichkeit nicht überschritten werden dürfe.

Herr Baehr erläutert, dass er die Stellungnahme so nicht verstanden habe. Vielmehr sei eine maritime Nutzung der Wasserfläche mit Booten im Grundsatz zulässig, genauere Aussagen werden aus Kiel erst erfolgen, wenn mehr als die derzeitige Projektskizze vorliege.

Bezüglich der weiteren Fragen an die Verwaltung sei in Stichworten noch zu sagen:

- Die Nutzung der Wasserfläche wird im Rahmen des Privatrechtes als Verpachtung erfolgen; die genaue Nutzung wird die Art des Genehmigungsverfahrens bestimmen.
- Im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens wird es sicherlich eine TÖB-Beteiligung geben, z.B. hinsichtlich der Rettungswege, des Brandschutzes, etc.
- Bezüglich des Hochwasserschutzes wird auch spätestens im Genehmigungsverfahren geprüft werden, ob die Dalben, Stege, etc. der notwendigen Sicherung entsprechen.
- Auch die Frage nach dem Stellplatzbedarf kann erst am Ende des Verfahrens beantwortet werden.
- Die derzeit skizzierte Nutzung passt grundsätzlich in das vorhandene Planungsrecht. Ob Anpassungen notwendig sein würden, kann auch erst im Rahmen der Genehmigungsfähigkeit geprüft werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat kurzfristig eine ergänzende Stellungnahme eingereicht. Die ersten Aussagen des Ministeriums und des Wasser- und Schifffahrtamtes scheinen dem Projekt nicht zu widersprechen. Allerdings wünsche man sich eine Beantwortung der Frage, worauf die Einschätzung basiert, dass die geplanten Hausboote als Sportboote eingestuft werden können, aktuelle Gerichtsurteile trafen dazu eine andere Aussage.

Wichtig ist der Fraktion eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung, die auch bereits der Jugendbeirat angeregt hatte.

Die WSI-Fraktion fragt sich angesichts der aktuellen Wetterlage und dem Eis im Hafenbecken, wie sich dies mit so vielen großen Schiffen vertragen würde. Die vorliegenden Antworten der Investoren hätten keine neuen Erkenntnisse gegenüber der November-Sitzung gebracht. Es sei bewusst darum gebeten worden, dass alle ihre Hausaufgaben machen. Eine sehr wichtige Frage sei, ob das Risiko, solche Boote in der Anzahl in einem Tide-Hafen zu haben, überhaupt versicherbar ist. Wer trage die Kosten, wenn ein solches Boot sich bei Hochwasser oder Sturmflut losreißt und in die Kai- oder Flutschutzmauer gedrückt werde. Die Beantwortung dieser Frage sei unerlässlich für die Stadt und die Politik. Was habe zudem der Wedeler Bürger von einer solchen Hafennutzung, außer eventuellen Pachteinnahmen. Die Visualisierung sei unrealistisch, mit 20 Booten in der genannten Größe werde das Hafenbecken voller als es dargestellt werde. Wenn nun die Planung konkreter werden soll, wird um realistische Visualisierung und Perspektiven gebeten. Es scheint auch die Stein-schüttung vor der Ostmole nicht berücksichtigt zu sein.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen macht ebenfalls auf das Schichteis der letzten Tage im Hafenbecken aufmerksam und zweifelt an, dass dort gleichzeitig die Boote liegen könnten. Zudem sei die jährlich notwendige Entschlickung noch nicht geklärt.

Herr Voigt bestätigt, dass in Vieregge auch derzeit bei Eis das Boot im Wasser liegt.

Herr Baehr erläutert, dass die Projektinitiatoren eine grundsätzliche Entscheidung der Stadt brauchen, ob das Projekt im Grundsatz gewollt wird. Erst dann werden tiefergehende Berechnungen und Gutachten beauftragt werden, die dann auch konkretere Antworten auf die Fragen zum Aufliegen, Entschlickung, Dalbenstärke, etc. ermöglichen. Im Herbst könnte dann erneut beraten werden, wenn die Ergebnisse vorliegen.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass seit 2012 am Hafen gebaut wird und seitdem auch beraten werde, wie eine Nutzung aussehen könnte. Heute gehe es nur um eine Tendenz, ob ein solches Projekt vorstellbar ist. Sie würde sich eine Bereicherung der gesamten Gegend und für Wedel erhoffen, die vielleicht eine Stärkung des Schiffsverkehrs nach Wedel und der Gastronomie bedeuten könnte. Bei einer Ablehnung in dieser frühen Phase wäre nichts gewonnen, mit einer Zustimmung sei nichts abschließend entschieden, aber es könnte weiter geprüft werden.

Die FDP-Fraktion findet, dass die Investoren einige Hausaufgaben gemacht haben und detailliert auf viele Fragen eingegangen sind. Es sei verständlich, dass vor der Auslösung von weiteren Kosten zunächst eine Position der Politik zu diesem Projekt gewünscht wird. Bei der Visualisierung stimmen jedoch die Dimensionen nicht, hier muss nachgebessert werden.

Herr Thiele macht deutlich, dass nur die Wedeler Bürger*innen oder deren politische Repräsentanten entscheiden könnten, was sie von dem Projekt hätten. Bezüglich der Versicherungsfähigkeit des Risikos wird auch erst nach Berechnung und Prüfung der technischen Umsetzbarkeit eine Antwort gegeben werden können, keine Versicherung werde auf Grund einer Projektskizze eine Aussage treffen. Diese Absicherung sei jedoch nicht nur für die Politik, sondern auch für Investoren unabdingbar. Bei einer positiven Entscheidung der Gremien würden Fachfirmen, Ingenieure und Stegbauer sich mit den offenen Fragen beschäftigen, diese Kosten wolle man jedoch nur auslösen, wenn das Projekt grundsätzlich gewollt sei. Die Visualisierung sei sicherlich noch nicht perfekt, werde jedoch ebenfalls im Zuge der Detailplanung konkreter.

Die CDU-Fraktion erinnert daran, dass im Planungsausschuss bereits verschiedene Projekte zur Belebung des Hafenbeckens besprochen wurden. Die Wedeler Haushaltslage gebe es nicht her, weitere Machbarkeitsstudien zu beauftragen, man sollte erstmal die Details dieses Projektes abwarten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat intensiv über das Projekt diskutiert. Man wünsche sich eine Belebung des Hafenbeckens, habe jedoch Bedenken bei diesem Projekt. Man habe sich entschieden heute zuzustimmen, dies bedeute jedoch keine automatische Zustimmung im Herbst. An die Investoren wird die dringende Bitte gerichtet, bei negativen Ergebnissen der anstehenden Untersuchungen die Stadt umgehend zu informieren. Zudem wäre die Frage, wie damit umgegangen wird, falls die Bevölkerung sich gegen die Größe des Projektes ausspricht, ließe sich die Anzahl der Boote reduzieren oder sei ein Verzicht auf die Zweigeschossigkeit vorstellbar? Wäre es denkbar, die Boote nur von April bis Oktober im Wasser zu lassen?

Herr Thiele äußert, es gebe bisher keine Anzeichen für ein Stoppschild, und sagt zu, die Stadt darüber zu informieren, sollte dies auftauchen. Die Boote über die Wintersaison aus dem Wasser zu holen, sei nicht realisierbar. Über die genaue Anzahl der Boote müsse man sprechen, wenn auch die Planung detaillierter wird, jedoch werde das Projekt mit 5-10 Booten nicht wirtschaftlich sein. Ob doppelstöckige Boote eingeplant werden, die auch auflockernd in dem Gesamtgefüge wirken können, könne ebenfalls später diskutiert werden. Dabei werden auch die technischen Antworten auf die Lastfähigkeit der Dalben eine Rolle spielen können.

4.2 Stadthafen Wedel - Auftrag an die Verwaltung, weitere Verhandlungen zur Entwicklung eines Nutzungskonzeptes zu führen

BV/2025/108

Die Beratung hat unter TOP 4.1 stattgefunden.

Der Vorsitzende fragt die SPD-Fraktion, ob der Ergänzungsantrag im Anschluss an die Beschlussvorlage abgestimmt werden kann, diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt begrüßt das vorgestellte Projekt „Boutique Hafen Wedel-Schulau“ und beauftragt die Verwaltung dessen weitere Entwicklung positiv zu begleiten. Ziel der Planungen und Bemühungen soll die Erstellung eines realisierbaren und wirtschaftlichen Konzeptes zur Nutzung des Stadthafen Wedels mit Hausbooten, Sportbooten und Traditionsschiffen sein. Die Investoren erhalten dafür Planungssicherheit bis zum 30.09.2026, um alle technischen und finanziellen Fragestellungen zu beantworten. Das fertige Konzept soll dem Rat zum Beschluss vorgelegt werden. Für die Erstellung dieses Konzeptes entstehen der Stadt keine Kosten oder Risiken.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

4.2.1 Antrag der SPD-Fraktion; hier: Erhalt und Stärkung des Stadthafen Wedel als Lebens-, Erholungs- und Erlebnisraum für Alle

ANT/2026/033

Die SPD-Fraktion verliest ihren Antrag und die Begründung.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen empfindet die Formulierung so, dass jeder zustimmen könnte, aber unklar sei, was konkret gewollt werde. Dass die Steganlage öffentlich zugänglich wird, sei bereits zugesagt worden. Auch die Verhinderung der Entstehung eines „Wohlstandsghettos“ habe die Politik mehrfach betont. Bei den Öffentlichkeitsbeteiligungen werde man sehen, was die Menschen sich wünschen.

Die FDP-Fraktion findet auch, dass man dem Antrag in vielen Punkten zustimmen müsse. Allerdings werde man keine Lösung für „alle“ Bürgerinnen und Bürger finden, höchstens für „viele“.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass die Verwaltung schon seit vielen Jahren sich um die Stärkung von Lebenserholungsräumen für die Wedeler Bürgerinnen und Bürger bemüht. Daher sei man verwundert über diesen Antrag, der nach einem Misstrauen gegen die Verwaltung klinge. Man müsse dieses Statement nicht abgeben.

Die Bürgermeisterin bekräftigt, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung frühzeitig erfolgen sollte, allerdings müsse dazu die Planung konkreter werden als die vorliegende Projektskizze. Dann habe man die Chance, möglichst viele Menschen mit ihren Fragen, Ängsten, Sorgen und Ideen abzuholen.

Die SPD-Fraktion möchte den Antrag nicht als Misstrauen oder Kritik an der Verwaltung verstanden wissen. Aber man dürfe als Politik artikulieren, was gewollt wird und es sei positiv, dass so viele Fraktionen die Ansicht teilen.

Die WSI-Fraktion vermutet, dass der Antrag auch wegen der hochpreisigen Hausboote gestellt wurde. Es sollte verhindert werden, dass der Hafen nur noch für Menschen geöffnet wird, die sich so etwas leisten können, er müsse ein Treffpunkt für alle bleiben.

Herr Thiele bestätigt, dass gerade diese Offenheit auch für die Investoren wichtig sei. Auch Wedelerinnen und Wedeler müssen den Hafen nutzen, die Bespielung nur mit Touristen werde nicht funktionieren. Es müsse aber auch gesagt werden, dass der Begriff „hochpreisig“ bei einer Tagesmiete von 400,- € für ein 8-Personen-Boot aus den Köpfen und der Diskussion heraus genommen werden sollte. Die Boote werden eine vernünftige Ausstattung haben, aber nicht elitär sein.

Der Vorsitzende verliest den Antrag der SPD-Fraktion und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Investoren und Projektentwicklern zusammen bei der Erstellung eines realisierbaren und wirtschaftlichen Konzeptes zur Nutzung des Stadthafen Wedels mit Hausbooten, Sportbooten und Traditionsschiffen auch einen Erhalt und eine Stärkung des Stadthafen als Lebens-, Erholungs- und Erlebnisraums für alle Wedeler Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	2	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

4.3 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Flutschutztüren in den Hochbauten der Ostpromenade montiert sind und die Fenster eingebaut werden, sobald die Witterung es zulässt. Anschließend folgt der Innenausbau. Es fehlen noch wenige Quadratmeter Pflasterarbeiten, diese werden dann ebenfalls abgeschlossen. Die Witterungsverzögerung ist mit dem Fördermittelgeber abgesprochen.

5 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Prüfauftrag und frühzeitige Stellungnahme für die weiteren Planungen zur Nutzung des ehemaligen Possehl-Geländes an der Rissener Straße

ANT/2026/025

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bringt ihren Antrag ein. Voraussichtlich im März werde DHL das Projekt präsentieren, daher sei es vermutlich gut, den Antrag nun im Vorwege zu beschließen, damit er in der Planung und Präsentation noch Berücksichtigung finden könnte. Vermutlich könnte eine Neugestaltung der Gedenkstätte mit Fördergeldern unterstützt werden, ob das Gelände des neuen Standortes dann im Eigentum der DHL verbliebe oder an die Stadt gehe, könnte verhandelt werden.

Frau Broekhuis macht darauf aufmerksam, dass es sich um Privatgelände handelt. Das Projekt entspricht bisher den planungsrechtlichen Vorhaben des Bebauungsplanes, so dass keine Verträge zu verhandeln sind.

Herr Grass ergänzt, dass er mehrmals im Planungsausschuss berichtet hat, dass die Verwaltung in den Gesprächen mit der DHL immer betont, wie sehr die Stadt sich eine Aufwer-



tung der Gedenkstätte wünschen würde und davon ausgegangen wird, dass es bei der Präsentation im März auch eine Aussage zu dem Gedenkstein geben wird. Man habe auch diesen öffentlichen Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weitergegeben, allerdings wird dort von dem Wäldchen im hinteren Bereich des Geländes gesprochen, bisher ist eher eine Neugestaltung im Bereich der vorderen Bäume angedacht. Man sollte sich anschauen, was sich die DHL bezüglich einer Neugestaltung überlegt habe. Das im Antrag genannte Wäldchen liegt mittig bis südlich auf dem Betriebsgelände, ein Weg dorthin müsste entsprechend abgesichert sein. Daher wird vermutlich eher zu besprechen sein, wie man den bisherigen Standort attraktiver gestalten kann, aber die Verwaltung ist zuversichtlich, dass die DHL sich hierzu bereits etwas überlegt hat, um diesen wichtigen Teil der Wedeler Geschichte aufzuwerten. Vielleicht sollte man diesbezüglich die Präsentation abwarten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet die Aussagen hierzu ermutigend, möchte jedoch dennoch gerne über den Antrag abstimmen lassen. Auch wenn es nur eine Bitte an den Investor sein kann, gemeinsam ins Gespräch zu kommen, sei es ein wichtiges politisches Signal, sich zur Gedenkstätte zu bekennen. Das Wäldchen wird nach bisherigen Aussagen nicht überplant, daher könnte es vielleicht auch zugänglich gemacht werden. Eine Zuwegung könnte von der Rissener Straße oder vom Krons Kamp erfolgen.

Die FDP-Fraktion macht darauf aufmerksam, dass Logistiker ihr Betriebsgelände absichern müssen, daher werden keine Menschen übers Betriebsgelände zum Wäldchen spazieren können, schon aus Werkschutzgründen. Auch ein Weg über den Lidl-Parkplatz sei schwer vorstellbar. Der Forderungskatalog sei daher gewagt.

Die SPD-Fraktion wird den Antrag unterstützen als wichtiges Signal gegen Rechtsradikalität. Natürlich handle es sich um Privatgelände und der Investor habe keinen Bedarf an Spaziergängern auf dem Werks Gelände. Es sei jedoch ein Signal, auch wenn es sich lediglich um eine Bitte handle, die auch mit Nein beantwortet werden kann.

Die CDU-Fraktion würde präferieren, den Antrag zurückzustellen bis zur März-Sitzung. Es sei vielleicht klüger, mit dem Investor ins Gespräch zu kommen, wenn dieser seine Planung vorstellt, als jetzt über ein Grundstück zu beschließen, dass der Stadt nicht gehört. Daher wird ein Vertagungsantrag gestellt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen meint dennoch, dass der Antrag heute als frühzeitige Stellungnahme unterstützt werden sollte als politische Haltung. Es sei gut, dass dem Investor der Antrag bereits bekannt sei, aber es sollte im Vorwege der Präsentation durch Beschluss Nachdruck verliehen werden, wie wichtig der Politik das Anliegen sei. Es handle sich lediglich um einen Prüfauftrag, keine Pflichtforderung an den Investor.

Die SPD-Fraktion sieht keinen Vorteil in einer Vertagung. Wenn der Investor im März sagt, dass die Vorschläge nicht umsetzbar sind, wäre anschließend eine Beschlussfassung als Signalwirkung widersinnig.

Die WSI-Fraktion würde gerne über den Antrag abstimmen. Dieser liegt dem Investor bereits vor und nun sei lediglich die Frage, welche Fraktionen dem Antrag folgen.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19:46 Uhr bis 19:48 Uhr unterbrochen, anschließend zieht die CDU-Fraktion ihren Vertagungsantrag zurück.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen und hierzu frühzeitig das Gespräch mit dem Investor (DHL) zu führen,

1.ob und in welcher Form der bestehende KZ-Gedenkstein auf dem ehemaligen Possehl-Gelände aus seiner derzeitigen Lage auf einer wenige Quadratmeter großen Fläche unmittelbar an der Bundesstraße in einen größeren, zusammenhängenden Gedenkbereich innerhalb des Grundstücks verlagert werden kann;

2.ob hierfür insbesondere die Flächen mit vorhandenem Baumbestand in Betracht kommen, der nachzeitigem Kenntnisstand planerisch nicht überbaut werden kann, und wie dieser Baumbestand in ein Gedenkkonzept eingebunden werden könnte;

3.wie ein erweiterter Gedenkort bereits in einer sehr frühen Planungsphase in die Überlegungen des Investors zur Flächenaufteilung, Erschließung und Wegeführung integriert werden kann;

4.ob eine öffentlich zugängliche Wegeführung zu einem ruhiger gelegenen Bereich des Grundstücks realisierbar ist, an dessen Ende ein würdiger Gedenkort entstehen könnte;

5.in welcher Form der Investor bereit ist, sich an der konzeptionellen Entwicklung und ggf. an der Umsetzung eines solchen Gedenkortes zu beteiligen.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Planungsausschuss über die Ergebnisse der Gespräche zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

6.1 Bericht der Verwaltung

6.1.1 Haushaltssicherung 2028 / aktueller Stand zum 09.01.2026 **MV/2026/002**
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.1.2 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 **MV/2026/006**
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.1.3 Weitere Berichte
Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

6.2 Anfragen der Politik

6.2.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Parkplatzsituation und nachbarschaftliche Auswirkungen im Bereich Elbhochufer **ANF/2026/001**
Die Bürgermeisterin beantwortet die Fragen:

Bezüglich der Hamburger Energiewerke: Es haben Gespräche bezüglich einer möglichen Nutzung des Besucherparkplatzes stattgefunden. Der Betreiber sei offen für eine Fremdnutzung für 50 Wochen im Jahr. Während der zweiwöchigen Revision des Kraftwerkes werde dieser für die betriebseigenen Maschinen benötigt. Hier wird es einen Vertrag geben müssen, der auch die Haftungsfrage und die Zuständigkeiten (zum Beispiel Ahndung von Ordnungswidrigkeiten) regelt. Wenn alle Details geklärt sind, kann eine genauere Aussage getroffen werden.

Bezüglich Netto: Auch Gespräche mit Netto haben stattgefunden. Der Parkplatz wird mittlerweile tagsüber von einem Unternehmen bewirtschaftet, da dieser teilweise so zugeparkt war, dass die Anlieferung nicht mehr funktionierte. Daher waren die Gespräche bisher nicht weiterführend. Die Verwaltung könnte sich vorstellen, eine stundenweise Buchung per App oder für eine Nacht einzurichten. Dies könnte dem Betreiber vorgeschlagen werden. Möglicherweise ergeben sich bei einer Neuplanung des Marktes weitere Verhandlungsspielräume.

Weitere Maßnahmen: Es wurden weitere Optionen überlegt, jedoch sei das Elbhochufer als Gartenstadt mit vielen Grünflächen konzipiert, damals wurde nicht mit 2-3 Autos pro Wohneinheit geplant. Die Grünflächen in Parkraum umzuwandeln, würde die Qualität des Quartiers erheblich schwächen.

Verbot von Wohnmobilen und Gewerbefahrzeugen: Es sei grundsätzlich möglich, in einigen Bereichen lediglich PWKs das Parken zu gestatten. Allerdings würde dies eine Verdrängung auslösen und vermutlich Probleme an anderer Stelle verursachen. Sollte es erreicht werden können, dass der Parkplatz am Kraftwerk zur Verfügung steht, könnte man die Nutzer der großen Fahrzeuge animieren dort zu parken.

Bewohnerparken: Die Einrichtung von Bewohnerparken sei nur sinnvoll, wenn Parkraum durch z.B. Gewerbetreibende oder deren Nutzer blockiert werde. Hier ist jedoch die Vielzahl der Fahrzeuge der Anwohnenden das Problem. Auch die dort parkenden Fahrzeuge mit Firmenaufschrift sind oftmals privat genutzt von Inhabern oder Mitarbeitern der entsprechenden Firmen, die im Gebiet wohnen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen macht darauf aufmerksam, dass auch Touristen in dem Gebiet tagsüber parken, es könne nicht nur auf Gewerbetreibende Bezug genommen werden.

Die FDP-Fraktion erinnert daran, dass es eine Stellungnahme der Unteren Verkehrsbehörde zum Thema Bewohnerparken gab, in der die Hinderungsgründe erläutert wurden.

Die WSI-Fraktion fragt sich, ob es tatsächlich einen erheblichen Anteil von Fremdparkern in dem Gebiet gibt, so dass durch ein Bewohnerparken tatsächlich ein Vorteil für die Anlieger entstünde.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass nach Ansicht der Unteren Verkehrsbehörde ein Bewohnerparken die Situation für die Bewohner des Gebietes verschlechtern würde.

Tagsüber dürften 50% der Stellplätze für Anwohnende ausgewiesen werden, nachts lediglich 30%. Der verbleibende Parkraum müsste bewirtschaftet werden. Der Parkdruck entsteht, weil die Anwohnenden mehr PKWs besitzen als Parkraum im Gebiet zur Verfügung steht, nicht durch Fremdparker.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Möglichkeit der Beschränkung des Parkraums auf PKW weiter zu prüfen, es würde schon helfen, wenn größere Fahrzeuge dann am Kraftwerk parken.

Die Bürgermeisterin wird den Wunsch mitnehmen, macht aber darauf aufmerksam dass solche Maßnahmen nur wirksam sind, wenn auch eine Überprüfung durch die Stadt, gerade in den Abendstunden, erfolgt.

6.2.2 Weitere Anfragen

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert daran, dass die Verwaltung eine Liste erstellen wird, welche möglichen Standorte für die Elbschule in der Vergangenheit geprüft wurden. Zugesagt war die Liste bis zum nächsten HFA am kommenden Montag, es wäre wünschenswert, wenn sie früher vorliegen würde, zumindest bis kommenden Freitag.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass hierzu derzeit eine Mitteilungsvorlage erstellt wird. Allerdings wird die Liste mit den geprüften Standorten als nichtöffentliche Anlage eingestellt, da es sich auch um private Grundstücke handelt und schützenswerte Interessen Dritter berührt sind.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende um 20:04 Uhr bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 20:19 Uhr wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:20 Uhr.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

